

Antrag

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Kornelia Möller, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Konjunkturprogramm gegen die drohende Wirtschaftskrise

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung wird auf, ein Konjunkturprogramm in den folgenden drei Bereichen aufzulegen:

- Eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Umfang von 30 Mrd. für Bildung, Infrastruktur, Energiewende und Gesundheit.
- Eine Stärkung der Massenkaukraft durch die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro, sowie die Anhebung der Regelsätze für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und für Asylbewerberinnen bzw. –bewerber, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,71 Euro und die Wiederherstellung der alten Rentenformel.
- Die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im ersten Jahr wegen der besonderen Situation in Höhe von 50 Prozent für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens

Berlin, den 15. Oktober 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Das Herbstgutachten stellt fest: Die Bundesrepublik befindet sich am Rande einer Rezession.

Der kurze Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten beiden Jahren war von einer unvermeidlichen Ausweitung der Ersatzinvestitionen und von einem hohen Exportwachstum getragen, die Binnennachfrage wurde stranguliert. Ursache ist die Lohndrückerei durch Minijobs, Leiharbeit, Befristungen und der Druck auf Erwerbslose, jeden Job annehmen zu müssen. Zudem erhöhte die Bundesregierung die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte, verweigerte die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen und finanzierte Steuersenkungen zugunsten von Unternehmen und höheren Einkommen. Im Ergebnis ging der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt von 67% (2000) auf 61% zurück. Parallel zum privaten Konsum wurde die öffentliche Nachfrage zurückgefahren. Der Anteil öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt sank von 4,7% (1970) auf 1,5% (2007). Deutsch-

land ist damit europäisches Schlusslicht. Das Geld fehlt für Bildung, Krankenhausinvestitionen, den ökologischen Umbau und die öffentliche Infrastruktur. Der sich schon langfristig abzeichnende wirtschaftliche Abschwung ist auch durch eine falsche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bedingt.

Die Finanzmarktkrise beschleunigt weltweit die Talfahrt der Konjunktur. Der weltweite Abschwung wird die letzte Triebfeder der bundesdeutschen Konjunktur, die Exporte, spürbar bremsen, die Unternehmensfinanzierung verteuern und Investitionen blockieren. Ohne ein Konjunkturprogramm werden alle Maßnahmen zur Rettung des Bankensektors insoweit wirkungslos bleiben, als die Krise ungebremst auf die Realwirtschaft durchschlagen wird und viele Bürgerinnen und Bürger ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Nur schnelles Handeln hilft. Jede Verzögerung wird die Talfahrt beschleunigen.

Der Deutsche Bundestag fordert sofortige Maßnahmen um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken und damit entsprechenden Maßnahmen anderer Volkswirtschaften zu folgen:

- In einem ersten Schritt soll deshalb umgehend das Arbeitslosengeld II auf 435 Euro angehoben werden. Die sofortige Anhebung des Arbeitslosengeldes II, sowie die Anhebung der Regelsätze für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und für Asylbewerberinnen bzw. –bewerber würde die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern und die konsumtive Binnennachfrage insgesamt um 7 Milliarden Euro erhöhen.
- Bei einem wie in Frankreich üblichen Mindestlohn von 8,71 Euro stünden den betroffenen Beschäftigten zusätzliche 13 Milliarden Euro für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts zur Verfügung.
- Eine Wiederherstellung der alten Rentenformel sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut. Zusammen mit der Nachzahlung der bisher den Rentnern und Rentnerinnen vorenthalten Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte „Riester-Treppe“ - würde die Binnennachfrage um 7 Milliarden Euro stärken.
- Die Verabschiedung eines Investitionsprogramms in Höhe von 30 Milliarden Euro kann dazu beitragen, die wesentlichen Defizite in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge langfristig zu beseitigen. Das Investitionsprogramm enthält folgende Schwerpunkte
 - 15 Milliarden Euro Mehrausgaben zum Ausbau der Ganztagschulen, der Sanierung von Schulen und für eine Verbesserung der Hochschulbildung.
 - 4 Milliarden Euro für eine Energiewende mit den Bereichen Energiesparfonds, Förderung erneuerbarer Energien und CO₂-Gebäudesanierung, die vor allem einkommensschwachen Familien zukommen soll.
 - 7,5 Milliarden Euro im Bereich Verkehr und Infrastruktur für eine kommunale Investitionspauschale, zur Förderung strukturschwacher Regionen, den Ausbau des ÖPNV und den Sanierungsbedarf bei Brücken, Straßen und dem Ausbau der Schiene.
 - 3,5 Milliarden Euro im Bereich Gesundheit zur Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern sowie für Prävention und Gesundheitsförderung.
- Um schnell die Investitionstätigkeit zu beleben, wird die Möglichkeit zur sofortigen degressiven Abschreibung gewährt. Damit entstehen für die Unternehmen positive Liquiditätseffekte und Spielräume für eine vorgezogene Anschaffung von Wirtschaftsgütern.

Durch die Auflage dieses Konjunkturprogramms können mindestens 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden. Es stabilisiert die öffentlichen Einnahmen über Mehreinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer, den Sozialbeiträgen und durch zusätzliche Verbrauchsteuern. Die Einkommens- und Vermögensgewinner der letzten Jahre, deren Renditeerwartungen nicht wenig zum Finanzchaos beigetragen haben, sollten mit einer Millionärssteuer zur Finanzierung der Bewältigung der Krise herangezogen werden.

elektronische Vorab-Fassung*